

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postung ohne Zustellgebühr monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Postband 3.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragene Zeitung.

Interate stellen die achtgepalt. Nonpareilzeile oder deren Raum 120 M., Wortzeile den festgesetzten Wert 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Übersetzungszusatz 70 Proz. Bei Familien- u. Vereinsabonnements ist der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW, 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9705

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Kämpfe in Chemnitz.

Bis zur Stunde liegen weitere Meldungen über Zusammenstöße im Chemnitz sowie über die Zahl der Opfer die die Kämpfe erfordert haben, nicht vor. Gegenüber den aus der Sensation geborenen unverantwortlichen Darstellungen bürgerlicher Zeitungen, die von einer großen Anzahl von Toten sprechen, ist begründete Vorsicht geboten. Ebenso gegenüber den von denselben Zeitungen wiedergegebenen Gerüchten, daß zahlreiche Soldaten in bestialischer Weise gemordet worden sind.

Dresden, 8. August.

Amlich wird zu den heutigen Vorgängen in Chemnitz mitteilt: Nach den tätlichen Angriffen auf die Truppen und dem nötig gewordenen Einsatz härterer Kräfte ist es dann bedauerlicherweise zu Blutvergießen gekommen. Daran hat eine Kommission, bestehend aus je einem Vertreter der sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen Sozialisten und der Kommunisten, mit dem Kommandeur der Truppen verhandelt, wobei Übereinkunft über Folgendes erzielt wurde:

1. Die bisher von den Truppen in der Stadt besetzten Häuser bleiben in der Hand der Truppen.
2. Die übrigen Truppen rücken in die Kasernen, neu einrückende Truppen gehen gleichfalls in die Kasernen.
3. Die Parteien verpflichten sich, alles aufzubieten, um die Ruhe zu beruhigen und weitere Zusammenstöße, die von der Kommission und auch von der Militärbehörde bedauert werden, zu verhindern.

Wegen der von der Kommission geforderten Aufhebung des Besperungszustandes und Zurücknahme der Reichswehrtruppen hat der Kommandeur die Kommission an die Regierung verwiesen.

Ausperrung in der Metallindustrie in Braunschweig.

Braunschweig, 8. August

Nach der „Braunschweigischen Landeszeitung“ haben die Arbeiter der hiesigen Automobilfabrik G. Düssing in einer Betriebsversammlung die Forderungen der Firma auf Weiterführung der Arbeit und der 48stündigen Wochenarbeitszeit abgelehnt. Die Firma hat daraufhin heute ihrer gesamten Arbeiterkraft, ungefähr 5000 Mann, zum 12. August gekündigt.

Frankreich vor der Einführung des Schutzzolls.

Brüssel, 8. August

Abgeordneter Denais hat in der französischen Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, der eine allzu starke Einfuhr französischer Waren zu verhindern sucht und für die eingeführten Waren einen besonderen Einfuhrzoll verlangt. Denais rechnet aus, daß dadurch der französische Staat jährlich eine Milliarde 228 Millionen Francs einnehmen würde.

Österreichs Stellung zu den Friedensbedingungen.

Wien, 8. August. Corr.-Bureau.

Der Vorstand der Nationalversammlung hielt unter dem Vorsitz des Präsidenten Seiy eine Sitzung ab, an der auch sämtliche Ratsmitglieder teilnahmen. Staatskanzler Dr. Renner erstattete einen umfassenden Bericht über den Stand der Friedensverhandlungen, an den sich eine längere Debatte angeschlossen. In den einstimmig angenommenen Entschlüssen wurden die Gegenvorschläge Dr. Renners als ein Minimum bezeichnet, nachmals auf die Unabwägbarkeit der Friedensbedingungen hingewiesen und die Wahrung des Staatsinteresses als die Maßnahme des Staatskanzlers bezeichnet.

Belgien genehmigt den Friedensvertrag.

Brüssel, 8. August. (Govaert-Neuter.)

Die Kammer hat in namentlicher Abstimmung den Friedensvertrag mit allen Stimmen der 123 anwesenden Abgeordneten genehmigt.

Die Kritik der italienischen Sozialisten am Friedensvertrag.

Bern, 8. August.

An der gestrigen Sitzung des Inter-Parlamentarischen Ausschusses der italienischen Friedenskommission wurde hauptsächlich das Kapitel der Wiedergutmachungen an Italien in Geld, Naturalien oder Waren besprochen. Die vertretenen Meinungen sollen nach dem „Corriere della Sera“ ziemlich widersprechender Natur gewesen sein. Die sozialistischen Mitglieder des Ausschusses zeigten eine Erklärung ein mit dem Verlangen nach fernläufiger Kritik am Friedensvertrag, der nach ihrer Ansicht den Besiegten übermäßig belaste und unter den Siegern eine starke Ungleichheit schaffe. Die Sozialisten fordern die Schaffung eines gemeinsamen inter-

nationalen Fonds, aus dem die Wiedergutmachungen in gerechter und menschlicher Weise bezahlt werden sollen.

Gegen den Kaiser-Prozeß wurden verschiedene Einwendungen juristischer Natur erhoben. Nach der morgigen Sitzung wird sich der Ausschuh auf eine Woche vertagen.

Die Konterrevolution in Ungarn.

Die Absichten des Erzherzogs Josef.

Budapest, 8. August.

Wie das ungarische Corr.-Bureau meldet, hat Erzherzog Josef an Clemenceau eine Depesche gerichtet, in der er ihm mitteilt, daß er die Macht als Verweser übernommen und eine Regierung ernannt habe. Sein nächstes Ziel sei die Einberufung der Nationalversammlung, die vollständige Niederwerfung des Bolschewismus, die Durchführung des Waffenstillstandes und die Vorbereitung der Friedensverhandlungen. Weiter bittet der Erzherzog um nähere Verbindung mit der Entente, wohlwollende Unterstützung und Anerkennung der Regierung.

Eine englische Stimme.

Quang, 8. August (H. N.)

Aus London wird gemeldet: „Daily Chronicle“, ein Blatt, das bekanntlich Beziehungen zu Lloyd George unterhält, vertritt eine von den anderen Blättern verschiedene Ansicht über die Ereignisse in Budapest. Das Blatt sagt, man könne nicht annehmen, daß sowohl der Rat in Paris noch die rumänische Regierung die Absicht haben, den Erzherzog als Regenten anzuerkennen. Aus der Zusammenstellung seines Kabinetts ergibt sich bereits seine militärische Tendenz. Die Politik der Entente muß darauf gerichtet sein, daß eine Regierung, welche das Volk vertritt, zustande kommt. Dabei müsse baldmöglichst eine allgemeine Wahl vorgenommen werden. Der Erzherzog Josef kann also lediglich Aushilfsdienste leisten, besonders für die Unterhandlungen über den Waffenstillstand, die eine militärische Angelegenheit darstellen.

Aufhebung der Pressfreiheit.

Budapest, 8. August. (Ungar. Telegr.-Bureau.)

Ministerpräsident Stefan Friedrich erließ auf Vorschlag der Vertreter der Presse eine Verordnung, durch welche das Erscheinen aller Druckprodukte, also auch von Tagesblättern, Wochenschriften, Zeitschriften und Flugschriften, bis auf weiteres verboten wird. Diese Maßregel wurde infolge des Papiermangels notwendig. Für die Dauer des gegenwärtigen Zustandes wird das Amtsblatt Budapesti Reglesny zweimal täglich erscheinen und im nichtamtlichen Teile das Publikum über die wichtigsten Ereignisse informieren.

Verkehrsstreik in Newyork.

Quang, 8. August (G. N.)

Aus New York wird gemeldet: Der Streik auf den Schiffe- und Biaduktbahnen hat in New York den gesamten Verkehr still gelegt.

T. U. New York, 8. August.

Die überall infolge der großen Lebensmittelverteilung ausbrechenden Streiks und die starke Währung unter der Arbeiterschaft haben Wilson veranlaßt, eine besondere Kommissarität auszusenden, die er an den Kongreß leiten wird.

Die Streikage in der Schweiz.

Basel, 8. August. (Schweizerische Depeschen-Agentur.)

Der Pfahlschmied von Basel hat verfügt, daß die Besetzung des Cafeter „Vorwärts“ sofort aufgehoben wird, wenn in den Druckereien der bürgerlichen Zeitungen der Druck wieder aufgenommen wird.

Die Angestellten des Baseler Zivilgerichts, die gestreikt hatten, wurden am Mittwoch zur Arbeit nicht wieder zugelassen; erst wird über die disziplinarischen Maßregeln gegen sie entschieden werden. Der überwiegende Teil der Arbeiterschaft ist entschlossen, den Kampf weiter zu führen.

Basel, 8. August. (Schweizerische Depeschen-Agentur.)

Eine in Basel abgehaltene Vollversammlung der Delegierten des Arbeiterbundes und des Aktionskomitees beschloß mit 185 gegen 28 Stimmen den Abbruch des Streiks. Dieser Beschluß wird heute den einzelnen Verbänden zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt werden.

Abbruch des Eisenbahnerstreiks in London.

H. N. Quang, 9. August.

Aus London wird gemeldet: Nachdem die Versammlung des Vollkongresses des Eisenbahnerverbandes in London sich gegen den Streik ausgesprochen hat, wurde die Arbeit bei allen Gesellschaften von den Streikenden wieder aufgenommen.

Wo bleibt die Demobilisierung?

Aus militärischen Kreisen wird uns geschrieben:

In Nr. 368 war die Frage gestellt worden, weshalb die mobilgemachten Truppen auf so hohem Bestande an Gesamtkraft erhalten werden, und in Nr. 374 war nachgewiesen, daß die Ausrüstung der Truppe mit Material bei der augenblicklichen politischen und militärischen Lage ein Unfug, eine unnötige Verschwendung der staatlichen Mittel und auch eine Schädigung der Volkswirtschaft sei. Heute soll die Frage geprüft werden, ob die Gliederung der Truppen ihre Berechtigung hat. Von Kriegsgliederung kann man gar nicht mehr sprechen, denn wir leben doch mitten im Frieden. Im Westen ist jede kriegerische Handlung vollständig ausgeschlossen, und im Osten könnte nur künstlich ein Kriegszustand hervorgerufen werden. So gut wie die Regierung trotz der Grenzschutztruppen Westpreußen durch den Schiedspruch der Entente räumen muß, ebensowenig würde sie es mit den Grenzschutztruppen im Bezirk der Provinz Posen verhindern können, wenn auf Anordnung der Entente eine weitere Grenzverschiebung dort eintreten sollte. Die Entente würde zur Erreichung irgendwelcher Gebietsveränderungen jede kriegerische Handlung sofort verbieten. Es beginnen jetzt die Verhandlungen mit Polen über Klärung der abzutretenden Gebiete. Wozu also noch das Masseln mit dem Säbel, als ob wir noch beabsichtigten, die Provinz Posen wiederzuerobert? Diese kriegerische Wette kostet dem verarmten Deutschland nur unnötig Milliarden. Es mag den Reichswehrminister Noske ja unangenehm schmeicheln, daß er noch über zum Kriege gerüstete Truppen verfügt und damit das Deutsche Reich vor schweren Katastrophen bewahren kann, aber vor der Katastrophe des Bankrotts Deutschlands kann und das mobile Heer auch nicht retten, wenn es weiterhin Milliarden über Milliarden verköhlt.

Wozu gebrauchen wir jetzt noch eine oberste Heeresleitung? Welche Kriegspläne werden dort noch entworfen? Wieviel Offiziere mühen sich dort unter Lebensgefahr noch ab, um durch großangelegte Operationen den Feind, der gar nicht mehr vorhanden ist, zu schlagen? Oder wird diese oberste Heeresleitung nur noch in Bereitschaft gehalten, um sie in Tätigkeit zu setzen, wenn die Reaktion sich gegen die Arbeitermassen Berlins in Marsch setzt? Will man bei Einleitung der Reaktion eine Zentralkommission haben, die nicht unter dem Einfluß und dem Druck des Proletariats Berlins steht? Will sich beim Eintritt dieser Ereignisse der Reichswehrminister Noske von seiner Umgebung in Schutz nehmen lassen oder will er sich selbst an die Spitze dieser Bewegung setzen? Nach seinen bisherigen Taten muß man annehmen, daß der letztere Fall eintritt.

Wie viel Autos, bespannten Fahrzeugen, Unterpersonal ist diese Behörde noch ausgerüstet? Welches Fernsprengerät und welches Fernsprechpersonal wird bei dieser Behörde ohne jeden Zweck noch in Tätigkeit gehalten? Welche Belastung tritt durch die Einquartierung dieser Behörde unnötigerweise ein? In welchen Beziehungen stehen anscheinend noch heute Feldmarschall Hindenburg und General Ludendorff mit dieser Behörde? Es wird Zeit, daß diese Behörde endlich demobilisiert wird!

Zur Bewältigung der großen und umfangreichen strategischen Arbeiten bestehen dann noch ein Armeekorpskommando Nord und ein Armeekorpskommando Süd. Auch diese Behörden sind selbstverständlich mobil, obwohl sie ihren Standort seit Monaten nicht gewechselt haben und im tiefsten Frieden in der Heimat sitzen. Ueber die Stärke dieser Behörden erfährt man nichts. Aber auch diese Stellen werden eine große Anzahl von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften beschäftigen und mit Material aller Art in der verschwenderischsten Art und Weise ausgestattet sein.

Ob sich der Herr Reichsfinanzminister Erzberger wohl schon einmal hat eine Zusammenstellung machen lassen, was diese absolut überflüssigen Behörden dem deutschen Reich täglich kosten? Aber bei den Milliarden, mit denen er nur so herumwirft, spielen diese Ausgaben wahrscheinlich gar keine Rolle.

Auch die übrigen Stäbe sind mit einer Zahl von Offizieren überladen. Es verlangt ja zwar, daß die Werbung zur Erwerbung der Wehrmacht zentralisiert werden sollte, das war aber wohl bloß eine Scheinorganisation des den freiwilligen Verbänden gegenüber schwachen Kriegsministeriums. Jedenfalls steht man die Werbebureaus kleiner und kleiner Formationen noch immer in vollster Tätigkeit. Eine Zusammenstellung dieser Werbebureaus würde allein eine stattliche Truppenmacht

der Kautzburger Lager hat eine demoralisierende Wirkung auf die ganze Garnison ausgeübt.
Die Meldungen über die Entwicklung der Kautzburger Bewegung wurden sofort nach dem Hauptquartier weitergegeben. Die Möglichkeiten einer Gegenwirkung der besonnenen Elemente der Sozialdemokratie verringerten sich von Minute zu Minute. Ich habe deshalb ins Hauptquartier gemeldet, es handele sich nicht um Stunden, sondern um Minuten.
Während so die Ereignisse zur sofortigen Entscheidung drängten, kamen aus dem Hauptquartier lediglich Verhörmungen und sinnlose Kompromissvorschläge. Inzwischen entwickelte sich die Situation in Berlin immer weiter zugunsten der Revolutionäre.

Jeden Augenblick konnte die Absetzung des Kaisers durch die Straße proklamiert werden. Diese zu verhindern, sah ich kein Nachmittel. Ihr konnte nur vorgebeugt werden dadurch, daß der Entschluß zur Absetzung verhängungsbefugt wurde. Sollte noch der geringste Rückhalt zugunsten des Kaisers und seines Hauses eintreten, sofort gegen die Verhängung sofort erfolgen. Die Anführung der Kautzburger Arbeit, der Appell an das Volk, durch eine verfassunggebende Nationalversammlung seine eigene Staatsform selbst zu bestimmen, boten noch eine schwache Hoffnung, die revolutionären Energien in die legale Bahn des Wahlkampfes zurückzudrängen.
Aus dieser Situation heraus griff Prinz Max zu dem letzten Mittel der Verhängung der Abdankung des Kaisers und der Ernennung Oberst zum Reichslanzier. Zusammenfassend bemerkt dazu Prinz Max:

„Es war der letzte verzweifelte Versuch, den Kaiser zu verhindern und der Krise eine verfassungsmäßige Lösung zu geben. Er scheiterte, weil er zu spät kam. Noch am 9. November, vielleicht auch am 8. ganz früh, hätte die Abdankung des Kaisers und der Aufruf zur Nationalversammlung möglicherweise die Diktatur, zum mindesten die legale Entmachtung retten können. Die Verantwortung dafür, daß diese wertvolle Zeit unterblieb, tragen in erster Linie diejenigen, die unter Angabe militärischer Gründe den Kaiser veranlaßten, am 10. Oktober ins Hauptquartier zu reisen und ihn dadurch der politischen Klärung in der Abdankungsfrage entzogen.“

Die diese Reihe hinter meinem Rücken vorbereiteten und dadurch ein wirksames Veto der Reichsleitung verhinderten, die den Kaiser bis zum 9. November in Unkenntnis über die wahre Stimmung der Truppen hielten und am 9. November sich gezwungen sahen, einzugehen, daß die Lamee nicht in der Lage war, den Kaiser zu schützen.“

Soweit die Darstellung des ehemaligen Reichskanzlers über die historischen Vorgänge am 9. November. Auch hier bemüht man jeden höheren Gedanken, jede Erklärung der revolutionären Ereignisse aus den inneren Notwendigkeiten der Situation. Es ist die Rechtfertigungsschrift eines Vertreters des abgewirtschafteten Systems, der im letzten Augenblick verzweifelt Ausschau hält nach einem Mittel, um das aufbrandende Meer der Revolution in die Bahnen der „Legalität“ zurückzudrängen und für die bürgerliche Gesellschaft zu retten, was zu retten ist. Die „besonnenen“ Sozialisten — das geht auch aus dieser Denkschrift des Prinzen Max hervor — leisteten ihm hierbei Beistand. — bis die revolutionäre Bewegung ihre Bremsversuche und Vermittlungsaktionen über den Daulen warf und sie zwang, Anschluß an die Bewegung des Proletariats zu suchen.

„Landsturmann Erzberger“.

Zu den von der „Post“ veröffentlichten Akten über die Zusammenkunft des Rinklers Erzberger mit der „Germania“ ein früherer Reichstagsabgeordneter noch mit, daß der Abg. Erzberger einmal im Jahre 1917 nach einer Rede, in der er gegen die Beerdigung Stellung nehmen mußte, noch am gleichen Verhandlungstage mit Reichspost einen Befehlsgesetz vor die Untersuchungskommission für den nächsten Vormittag erhalten habe.

Das war die Art und Weise, wie man während des Krieges stets politisch unbequeme Menschen mundtot machte, bei Herrn Erzberger allerdings ohne Erfolg. Aber freilich damals waren die „Germania“, Herr Erzberger, wie überhaupt die Durchhalter im allgemeinen ganz mit diesem Verfahren einverstanden. Es richtete sich im Ernst ja nur gegen die wirklichen Kriegsgegner.

Ein zaristischer Mörderbund.

Die Untersuchung über die russische Nordaffäre in Stockholm fordert täglich neue sensationelle Enthüllungen zutage. Die Polizei hat nun in dem See bei der Villa des Kosakenobersten Kosakoff die Leichen von drei Ermordeten gefunden. Alle drei sind Russen, die mit der bolschewistischen Regierung in Moskau unmittelbar oder mittelbar in Verbindung standen. Der politische Einschlag bei den Verdähten ist also nicht zu verkennen.

„Raut Dagens Richter“ haben denn auch mehrere Mitglieder der Mörderliga im Verhör zugegeben, daß ihre Vereinnahmung die Unterabteilung einer weit größeren und bedeutenderen Organisation sei, die sich weit über Skandinavien hinaus erstreckte. Der offizielle Name der Mörderliga war „Stodholmer militärische Abteilung des Internationalen Bundes für die Wiedereinführung des Zarentums in Rußland“.

Internationaler Sozialistenkongress.

Luzern, 8. August. (Eig. Ber.)

Heute sprach auf dem Internationalen Kongress Genosse Hilferding. Er stellte die Kritik der Internationalen fest, die nur dadurch behoben werden kann, daß die sozialistischen Parteien die Initiative des Kampfes um die politische Macht ergreifen, statt hinter den revolutionären Ereignissen hinterher zu hinken, wie es die deutsche Mehrheitspartei getan habe, bis sie endlich soweit gekommen sei, daß sie der Schwim sei, hinter dem bürgerliche reaktionäre Völkler getrieben werde. Zu scharfer Polemik gegen Weis, der Hilferding wiederholt unterbrach, bemerkte dieser kurz die Politik der Mehrheitspartei. (Sponnauer Beilage.) Die Internationale müsse als Basis ihrer Aktion die Durchführung der sozialen Revolution haben.

Luzern, 8. August. (B. L. B.)

Am Schluß der heutigen Vormittagsung des Internationalen Sozialistenkongresses führte Bernstein aus: Die Frage ist die, soll die Internationale das sein, was Kaiserzeit Datschin wollte, oder soll sie auf den Gedanken von

Mozz wieder aufgebaut werden. Soll der Gedanke der Revolution als der große Gedanke der Entwicklungspolitik, die je nach dem auch einmal der brutalen Gewalt entbehren kann, aufgegeben werden? Die Illusionen, die die Demokratie gehabt haben, mögen heute veraltet sein, aber die Demokratie als Grundlage des Völkerebens kann nicht zerstückt werden und wird sich immer wieder Bahn brechen. Man spricht von Misstrauen gegen das Verbleiben in der Internationale. Ich weiß aber nicht, was irgendeine Partei veranlassen müßte, aus ihr auszutreten, und die dritte Internationale ist nichts anderes als neuer Bolschewismus. Datschin hatte aber eine Entschärfung, die wir heute nicht mehr haben. Denn eine mehr als soziale Entwicklung hat gezeigt, was wir bei Ausübung der demokratischen Einrichtungen erreichen können, und die Worte Hilferdings trafen daher nicht nur die deutschen Mehrheitssozialisten, sondern auch eine Reihe sozialdemokratischer Parteien anderer Länder. Deutschlands Lage ist ungemessen ernst, doch man kann sagen, wie stehen vor der Schicksalsstunde Deutschlands und damit der deutschen Republik. Es ist ein verhängnisvolles Ereignis, daß die beiden deutschen sozialistischen Richtungen zur Sicherung des Bestandes der Republik nicht zusammenarbeiten. Ich bin kein blinder Verehrer der deutschen Mehrheitspartei. Ich gebe zu, daß verhängnisvolle Fehler gemacht wurden und noch gemacht werden. Aber selbst wenn ihre Zahl noch einmal so groß wäre, würde sie gegenüber dem riesigen Fehler des Absetzens der Unabhängigen leicht wiegen. Man will teilweise durch weitere Zerstückung in Deutschland zu der großen Revolution kommen, die durch die Spartakisten und Kommunisten mit Hilfe russischer Geldes durchgeführt werden soll. Man will Ausschläge verursachen, von denen man weiß, daß sie das Los der Arbeiterklasse nur noch verschlimmern. Von den Bergarbeiterstreiks hängt das Wohl und Wehe von Millionen ab. Die Streiks bedeuten für Deutschland die Fortführung des Elends nach der Hungerblockade. Daher müßten sich alle Richtungen, die den sozialistischen Fortschritt wollen, die Hand reichen. Ich bedauere es unendlich, daß die Unabhängigen sich immer mehr den Kommunisten verschreiben. Weil es sich um den Aufbau der Republik und ihre Festigung handelt, sollen wir sie zur Mitarbeit bewegen. Würden sich die beiden Richtungen vereinen und wären die Unabhängigen in der Regierung, so könnten sie vieles verhindern, was sie heute kritisieren.

Luzern, 8. August. (Eig. Ber.)

Am Freitag sprach noch Genosse Crispian. Er brandmarkte den Versailler Vertrag als Fortsetzung des Krieges mit wirtschaftlichen Waffen. Er wies auf die hohe Aufgabe der proletarischen Internationale hin, welche darin bestünde, die Menschheit vom Nationalismus und dem Kriege zu befreien. Er entlarvte die rechtssozialistische Politik in Deutschland als konterrevolutionäres Völklerregiment, rechnete mit Vernichtung der Einigungspolitik und mit den weltlichen politischen Verfassungen vor der Internationale ab. Die Rechtssozialisten machten wütende Zwischenrufe, es ging stürmisch her.

Luzern, 8. August.

Auf die Nachricht von der Uebertragung der obersten Gewalt in Budapest an Erzherzog Josef hat die Sozialistenkonferenz unter lebhaftem Beifall eine sehr energische Protestresolution angenommen. Die sich gegen die unter dem Schutze der Entente erfolgte Errichtung eines gegenrevolutionären Regimes ausdrückt und den Versuch als ungeheuerlich brandmarkt, die Arbeiterklasse um die Früchte der Revolution durch eine Restauration der Habsburger zu bringen. Die Lenker der Pariser Konferenz machten damit klar, daß sich ihre Aktion in Wirklichkeit gegen jede sozialistische Regierung und gegen jede proletarische Herrschaft richte. Renaudel, der seine Resolution verlas, liest dieser einige heftige persönliche Worte gegen die Ententeregierungen und gegen Wiedereinführung einer Dynastie hinzu, die man wegen ihrer Schuld am Kriege für immer für erledigt gehalten habe.

Deutsche Nationalversammlung.

74. Sitzung Freitag, den 8. August 1919.

Am Regierungstische: Bauer, Erzberger, Dr. David, Kossel, Gieseler, Schäfer u. a.
Präsident Behrenschoff eröffnet die Sitzung um 4 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst 17 Anträge. Unter anderem verlangt Herr Steindorff (Dem.) angesichts der bestehenden Verhinderung der Gewährsfrage für den Fernsprecht- und Telegrammverkehr bestimmte Garantien für die Wiederherstellung des früheren normalen Verkehrs.

Direktor im Reichspostministerium Adler gibt eine Uebersicht über die Steigerung des Verkehrs auf diesem Gebiete. Die namentlich seit der Demobilisierung ganz außerordentlich gewachsen ist. Gegenwärtig gelte alles, was in den Kreisläufen des Reichspostministeriums liege, um den besagten Mängeln abzuhelfen. Abg. Zel (Z.) bringt in einer Anfrage zur Sprache, daß der Arbeiterauschuss in München die Manufakturwarenengpässe gezwungen hat, sich durch Uebersicht zu verpflichten, auf den Fabrikpreis Netto mit 10 Prozent Nutzen zu verkaufen. Unbilden, Spreizen usw. die bekanntlich weit mehr als 10 Prozent betragen, also nicht hinzuzurechnen.

Schleimert Dr. Bader: Die Reichsregierung hat sich wegen der Verhängung derartiger Uebergriffe mit dem Zentralrat ins Vernehmen gesetzt; die Arbeiterräte werden entsprechend angewiesen werden.

Abg. Rühner (U. Soz.) fragt, ob der Regierung als erwiesen bekannt sei, daß in den 5 Jahren seit Kriegsausbruch der Volksernährung weit über 60 Millionen Zentner Getreide durch den Brauereibetrieb entzogen worden sind, und ob sie bereit sei, der Vergütung der diesjährigen Getreiderückführung durch ein völliges Verbot des Brauens und Brennens entgegenzutreten.

Geb. Rat Dr. Frenkel: Nach den statistischen Unterlagen der Regierung sind seit 4 1/2 Jahren nicht 60, sondern nur 28 Millionen Zentner Getreide für die Brauerei verwendet worden. Gegenwärtig beträgt die dem Brauereibetrieb zugewiesene Menge nur noch etwa 14 Prozent der für den Konsum der Bevölkerung reservierten Getreidemenge. Auch für das neue Wirtschaftsjahr wird wieder eine weitere wesentliche Einschränkung erfolgen, in welchem Umfang, kann erst bestimmt werden, wenn der Ausschlag der Getreidemenge zu übersehen ist.

Zur Ergänzung stellt der Abg. Rühner die weitere Frage, ob die Reichsregierung bereit ist, auch diese eingeschränkte Verwendung im Interesse der Sicherstellung der Volksernährung zu verbieten. Geb. Rat Dr. Frenkel: Darüber kann ich eine bestimmte Aussage nicht machen. Es handelt sich ja bloß noch um etwa ein Prozent. Wegen ein völliges Verbot sprechen doch erhebliche Brauereinteressen.

Abg. Dettus (Dem.) lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung darauf, daß Bezirksbehörden, wie z. B. in Marleburg nach wie vor ein völliges Aufsichtsrecht über den ganzen Dienstbetrieb der Behörden in Anspruch nehmen und ausüben, und verlangt Abhilfe. (1)

Schleimert Taurinus: In dem Gesetzentwurf für die Be-

triebskräfte wird auch die Befugnis der Bezirksbehörden abgegrenzt werden.

Abg. Naute (U. Soz.) weist auf die riesigen Gewinne der Viehhändlerverbände während des Krieges hin und auf die Ueberschüsse, die sie noch jetzt machen, und verlangt Maßnahmen, um diese Gewinne reiflos der Allgemeinheit zuzuführen.

Schleimert Dr. Frenkel: Diese Verbände haben das Recht, Aufschläge zu erheben; die Ansammlung von Ueberflüssen war erforderlich. Bestimmungen über die Verwendung der Ueberflüsse zu treffen, ist Sache der Einzelstaaten. Die Verwendung hat ausschließlich im öffentlichen und Gemeininteresse zu erfolgen.

Abg. Hartmann-Berlin (Dem.) fragt nach dem Ergebnis der Rechnungslegungen der Arbeiter- und Soldatenräte vom 18. Januar 1919, er verlangt ferner Auskunft, in welchem Umfang Postbesitzer einzeln Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte für nachweislich qualifizierte unzulässige Ausgaben und Verfügungen eingeklagen ist.

Schleimert Dr. Frenkel vom Reichsfinanzministerium: Die Reichsregierung ist noch nicht in der Lage über das Ergebnis der Rechnungslegung der Arbeiter- und Soldatenräte verbindliche Auskunft zu erteilen, da das Material trotz allen Bestrebens nur unvollständig vorliegt. (Rechts: Herr! Herr! rechts.) Der Finanzminister glaubt aber zum 15. August eine Gesamtschau über die in Aussicht stellen zu können. Im Augenblicke ergibt sich folgendes Bild: Die Kosten sind in der Hauptsache persönlich, Tagelöhner und Meistersohn in geringer in Umfang städtische Geschäftsumfassen, daneben aber auch Ausgaben für reine Parteizwecke. (Rechts: Herr! Herr! rechts.) Beim Post sind an bestimmungsmäßigen Kosten bis zum 31. März etwa 23 Millionen Mark aufwendet worden. (Rechts: Herr! Herr! rechts und l. d. Mitte.) Nach den bisherigen Unterlagen hat das Reich mindestens 100 Millionen Mark eingeklagt. (Rechts: Herr! Herr!) In Sachverhalt worden die Ausgaben auf 16 Millionen Mark beschränkt. (Rechts: Herr! Herr!)

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Reichsfinanzminister Naute: Der Gesetzesentwurf bezweckt während der Schaffung eines in Reichseigentum stehenden elektrischen Höchstspannungsleitungsnetzes, das sich im Laufe der Jahre vollständig dem deutschen Eisenbahnnetz über das Deutsche Reich ausbreiten wird, und mittels der Sicherung eines maßgebenden Einflusses des Reichs auf die bestehenden und noch zu errichtenden Elektrizitätserzeugungsanlagen größeren Stills. Vor allem sollen die bestehenden großen elektrischen Erzeugungsgruppen, die mittel- und kleinste, die städtische, wie südbayerische und die oberösterreichische, untereinander verbunden werden.

Ein Höchstspannungs-Verteilungsnetz kann zweckmäßig nur vom Reich betrieben werden, deshalb macht der Entwurf auch vor den bestehenden und projektierten Anlagen der Länder nicht halt, und es ist zu begrüßen, daß die Länder in Würdigung dieser dem Reich auferlegten Aufgaben ihre Zustimmung dazu gegeben haben. Auf der anderen Seite hat dafür das Reich die Verpflichtung übernommen, daß den Ländern, aus deren natürlichen Energiequellen Elektrizität erzeugt wird, auch die jeweils erforderliche elektrische Kraft dauernd sicherzustellen wird.

Nach § 20 ist eine Regelung der ganzen Materie, soweit sie nicht durch dieses Gesetz erfolgt ist, durch ein besonderes Reichsgesetz vorgesehen, das spätestens bis zum 1. Oktober 1920 vorgelegt werden soll. Die Entschädigungsfrage soll auf die Grundzüge geregelt werden, daß eine Vergütung der Gewährslosen unter Berücksichtigung der Abschreibungen gewährt werden soll. Die geplante Entschädigung wird in der Presse vielfach lebhaften Widerspruch gefunden. Es ist jedoch die Auffassung zutreffend, als solle die hier vorgesehene Regelung gewissermaßen der Typ, für alle künftigen Sozialisierungsmaßnahmen sein. Das ist unrichtig. Die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse über die Höhe der Entschädigungen werden sich vielmehr in jedem Falle nach den Bedürfnissen des betreffenden Wirtschaftszweiges zu richten haben. Im übrigen spricht für die hier vorgesehene Regelung die Tatsache, daß in dem Entwurf, den die englische Regierung jetzt ausgearbeitet hat, genau dieselbe Entschädigungsbestimmung vorzusehen ist.

Die Forderung des Reichs auf diesem Gebiete soll durchgreifend und vollwirksam aufgestellt werden; andererseits lenkt sich der Entwurf Selbstbeschränkung auf, denn er bringt nicht das allgemeine Elektrizitätsmonopol, sondern sichert nur dem Reich das Neuzugangsmonopol. Der Exklusivcharakter, die in der Materie liegen, sind mir und sehr wohl bewußt, aber gerade im Hinblick auf die künftigen Finanzen und den Tiefstand der Volkswirtschaft des Deutschen Reichs ist dieser großzügige Plan für uns eine unaufschiebbare Pflicht und für das Reich eine Lebensnotwendigkeit.

Am 6 Uhr wird die Fortsetzung der Beratung auf Sonnabenden, 9 Uhr, vertagt.

Bewerkschaftliches.

Streik der Leipziger Buchhandlungsangestellten.

T. U. Leipzig, 9. August.
Eine stark besuchte Versammlung der Buchhandlungsangestellten beschloß am 8. August einstimmig den sofortigen Eintritt in den Streik, der bereits heute Sonnabend in Kraft tritt. Wie der „Telegraphen-Union“ mitgeteilt wird, ist die Ursache des Streiks in Gehaltsforderungen zu suchen.

Die Lage im Bankgewerbe.

Nachdem die Bankdirektoren die Forderungen der Wirtschaftskreise abgelehnt haben, kommt es heute erneut zu Verhandlungen. Im Reich sind inzwischen an manchen Stellen Gehälter genehmigt worden, die in Berlin weit überliegen.

Vor einer gestern Abend in den Germania-Sälen statt besuchten Versammlung der Bankbeamten hielt der aus der Post entlassene Herr Benno Marx einen Vortrag, in dem er betonte, daß die Bankbeamten sich nicht auf die Regierung verlassen dürften. (Großer Beifall.) Scharf geißelte der Redner das Verhalten des Deutschen Bankbeamtenvereins, der die Interessen der Unternehmer vertritt. In dem wirtschaftlich viel schwächeren Oesterreich sei die Lage der Bankbeamten eine weit bessere als in Deutschland. Mit den Bankdirektoren hielt der Redner scharfe Abrechnung. Sie, die ihre Einkommen im Krieges um das Vierfache erhöht haben und immer die Phrase vom Ruin des Wirtschaftslebens im Munde führen, sie würden das Wirtschaftsleben zugrunde richten, um ihren dicken Schädel durchzuwischen. (Großer Beifall.) Darauf forderte der Versammlungsleiter, Herr Scholz, die Beamtenhaft auf, weiterhin hinter ihrem Führer zu stehen und wandte sich gegen das Verhalten des Herrn Rüstenberg vom D. V. V. Marx stellte dann noch das Verhalten der bürgerlichen Presse an dem Pranger, die sich weigere, seine Berichtungen über ihre Unwahrheiten zu bringen.

Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, in der sie erklärte, in der zielbewußten gewerkschaftlichen Organisation die einzige Form zu erblicken, die den Interessen der Bankbeamten entspricht. Weiterhin wendet sie sich gegen die Verleumdungen der Unternehmer und spricht der Leipziger Kollegen ihre Solidarität aus.

